

Osser: Vispiron spricht mit Ministerium

Das Unternehmen stellte das geplante Projekt Pumpspeicherkraftwerk „Johanneszeche“ am Osser im Bayerischen Staatsministerium in München vor.

Ein solches Pumpspeicherkraftwerk will die Initiative am Osser verhindern. Foto: dpa

Ein solches

Pumpspeicherkraftwerk will die Initiative am Osser verhindern. Foto: dpa

Von Fred Wutz

Lam. Das geplante Pumpspeicherkraftwerk (PSW) „Johanneszeche“ war Gegenstand eines Gesprächs im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologien, das am vergangenen Donnerstag stattfand. Dies wurde seitens des

Unternehmens Vispiron mitgeteilt.

Nach Angaben von Vispiron wurde den Vertretern des Ministeriums das PSW Johanneszeche im Detail vorgestellt, besonders seien die Lage des Unter- und Oberbeckens sowie die bereits vorhandene Netzinfrastruktur. Das Unternehmen habe deutlich gemacht, dass die Fläche des Unterbeckens eine Konversionsfläche sei und bereits seit vielen Jahren über eine Schütt-Genehmigung für die Abladung von Z0-Materialien vorliege. Zudem liege zwischen dem Turbinenhaus und dem ersten Wohngebäude eine Entfernung von circa 140 Metern. Zur Fläche des Oberbeckens sei dargestellt worden, dass es über schwere Laststraßen verfüge und forstwirtschaftlich intensiv genutzt werde.

Gestaltung und Tourismus

„Vispiron versprach, eine natürliche Beckengestaltung vorzunehmen und die Anforderungen an eine touristischen Einbindung des Vorhabens zu berücksichtigen“, ist in der Mitteilung weiter zu lesen. Die am Gespräch beteiligten Personen seien sich bezüglich zweier Fakten einig gewesen: Einerseits würden Speichertechnologien dringend benötigt, und für den erfolgreichen Betrieb müssten ggf. die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden; hierzu habe das Wirtschaftsministerium die Technologieneutralität betont. Andererseits gebe es Konsens bezüglich der Wirtschaftlichkeit; derzeit seien die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb von PSW eher schwierig. Allerdings könnten keine pauschalen Aussagen getroffen werden; einzelne Projekte könnten durch spezifische Gegebenheiten wirtschaftlich betrieben werden.

Seitens des Unternehmens wurde – so die Pressemitteilung weiter – gefordert, Versprechungen und Vereinbarungen einzuhalten, denn die Energiewende und die Wirtschaft bräuchten planbare Rahmenbedingungen. Den Vertretern des Ministeriums seien diese „Vereinbarungen und Versprechungen der CSU und der Staatsregierung“ übergeben worden, die aus einem Wahlprogramm der CSU, dem Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung und einem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung vom Mai 2011 hinsichtlich der PSW entnommen worden seien.

Drei Aussagen getroffen

In der Pressemitteilung trifft Vispiron auch drei Aussagen: „Das Bayerische Wirtschaftsministerium bestätigt den Bedarf an Speicherkapazitäten. Das Bayerische Wirtschaftsministerium wird keinen Einfluss im Raumordnungsverfahren des PSW Johanneszeche ausüben. Das Bayerische Wirtschaftsministerium bestätigt, dass die im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeit von Pumpspeicherkraftwerken getroffenen Aussagen eine derzeit allgemeine Feststellung darstellen und sich keinesfalls auf die Wirtschaftlichkeit des PSW Johanneszeche beziehen.“